

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 027 | 3.3.2023

Ein Jahr „Zeitenwende“ Viel Zeit verschwendet – jetzt müssen endlich Taten folgen!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein Jahr Zeitenwende – doch die Regierungserklärung durch den Bundeskanzler hat mehr Fragen hinterlassen als Antworten gegeben.

In der vergangenen Woche jährte sich der Beginn der russischen Invasion der Ukraine. Das menschliche Leid, das Putin über die Ukraine gebracht hat, ist unermesslich. Zehntausende Menschen sind tot. Unzählige Kinder wurden verschleppt oder sind zu Waisen geworden. Ganze Landstriche sind zerstört oder vermint. **Russland verübt Kriegsverbrechen.** Der 24. Februar 2022 markiert einen Epochenbruch. Russland hat mit seinem Angriffskrieg die Grundlagen der internationalen Ordnung infrage gestellt. Hierzu zählen die völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität und politischen Souveränität.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Ankündigung einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßt und unterstützt. In dieser Sitzungswoche wird es die Gelegenheit geben, Bilanz zu

ziehen: Wo steht Deutschland nach einem Jahr Zeitenwende? Die nüchterne Antwort lautet: sie findet größtenteils nur auf dem Papier statt.

- Die Mittel aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr sind nur zu einem sehr geringen Teil verausgabt. Der Verteidigungshaushalt ist im Haushaltsjahr 2023 um fast 300 Mio. Euro gesunken.



- Für die Reform des Beschaffungswesens fehlt der Bundesregierung die Kraft und der politische Wille.

- Der Bundeskanzler ist Getriebener der europäischen und transatlantischen Verbündeten – insbesondere in Punkto Unterstützung der Ukraine mit Rüstungsgütern.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie liegt aufgrund Ampel-interner Streitigkeiten immer noch nicht vor.

Die Zeitenwende ist zur Zeitlupe geworden. Der Bundeskanzler verschleppt, verzögert und ver stolpert die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an die neuen geopolitischen Realitäten.

Unsere Position

Wir unterstützen das Ziel einer echten Zeitenwende. Die Vollausrüstung der Bundeswehr und die Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO sind langstehende Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bei der Einrichtung des Sondervermögens haben wir durchgesetzt, dass diese Mehrausgaben ausschließlich der Bundeswehr zugutekommen. Auch bei der Lieferung von zur Selbstverteidigung notwendigen Rüstungsgütern an die Ukraine haben wir die Bundesregierung erfolgreich angetrieben. Die Erstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie muss nun zügig abgeschlossen und die Reform des Beschaffungswesens angepackt werden. Die Mittel des Sondervermögens dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen konkret verausgabt werden. Darüber hinaus sollte die Unterstützung der Ukraine mit einem tragbaren Konzept für Logistik, Ausbildung und Instandsetzung versehen werden und nicht vom politischen Tagesgeschäft getrieben sein.



Ein zerstörter russischer Panzer vor der russischen Botschaft in Berlin

Auch die Aufarbeitung des russischen Angriffskriegs muss Teil der Zeitenwende sein. Hierfür haben wir am Mittwoch einen Antrag ins Plenum eingebracht, der die Einsetzung eines internationalen Sondertribunals forderte, um russische Kriegsverbrechen in der Ukraine aufzuklären.

Kurz und bündig:

Damit die Zeitenwende gelingt, müssen den Ankündigungen des Bundeskanzlers nun endlich entschlossene Taten folgen. Das Geld muss bei der Bundeswehr ankommen. Das Beschaffungswesen muss reformiert werden. Deutschland muss Führung zeigen, anstatt von seinen Verbündeten getrieben zu werden. Das 2-Prozent-Ziel muss die Untergrenze für eine effektive Landes- und Bündnisverteidigung darstellen.



Frühjahrstagung der Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU

Hier einige Eindrücke von der Frühjahrstagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union. Zusammen mit u.a. Ralph Brinkhaus vertrete ich den Deutschen Bundestag auf dieser wichtigen Konferenz.



Die sogenannte SWKS-Konferenz dient der Beratung haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen. Sie bietet einen Rahmen für Debatten sowie den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrages.



Innerhalb dieses Rahmens soll einerseits die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament gestärkt werden. Andererseits soll die Konferenz dazu beitragen, die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. So befasst sich die Konferenz regelmäßig mit Fragen der Haushaltskonsolidierung, mit Strukturreformen, mit der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich ihrer sozialen Dimension und der Bankenunion sowie mit Steuerfragen.

Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten

Seit den Nürnberger Tribunalen von 1946 ist sich die Völkerrechtswissenschaft einig: Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Ein solches Verbrechen der Aggression wird den russischen Machthabern richtigerweise zur Last gelegt.

Allerdings hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Mit unserem [Antrag](#), den wir in dieser Woche abschließend beraten haben, forderten wir deshalb die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des IStGH, damit die russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.

Ampel: **Antrag abgelehnt**

Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden

In den vergangenen Monaten ist – auch über den Zuzug ukrainischer Kriegsflüchtlinge hinaus – die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit Herbst letzten Jahres nochmals deutlich zugenommen. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung enorm unter Druck, die Kapazitäten zur Aufnahme sind vielerorts erschöpft. Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des weiteren Kriegsverlaufs in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.

Mit unserem Antrag [Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden](#), den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten haben, forderten wir: Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen.

Ampel: **Antrag abgelehnt**

Bezahlbare und klimafreundliche Mobilität fördern – Klimaneutrale Kraftstoffe im Verkehr nutzen

Damit die Mobilität für alle Menschen in Deutschland bezahlbar bleibt, Arbeitsplätze erhalten und die Klimaschutzziele im Verkehr erreicht werden, müssen von der Bundesregierung – neben der Elektromobilität – alle weiteren zur Verfügung stehenden technischen und regulativen Möglichkeiten für alternative Antriebe und Kraftstoffe genutzt werden. Im Hinblick auf den motorisierten Individualverkehr gehören dazu E-Fuels, Wasserstoff, fortschrittliche Biokraftstoffe und nachhaltig zertifizierte Biokraftstoffe aus Anbaubiomasse.

Mit unserem [Antrag](#) legen wir 14 konkrete Forderungen an die Bundesregierung vor. Insbesondere fordern wir, zu ermöglichen, dass Kraftstoffe wie biogener Diesel HVO 100 (Hydrotreated Vegetable Oil) und E-Diesel auf paraffinischer Basis in Reinform in Deutschland getankt werden können und sich eindeutig zur Technologieoffenheit im gesamten Verkehrsbereich zu bekennen.

Kollaps der Ziviljustiz verhindern – Wirksame Regelungen zur Bewältigung von Massenverfahren schaffen

Die Belastung der deutschen Ziviljustiz durch Massenverfahren – also durch Verfahren mit gleicher Tatsachengrundlage, aber einer Vielzahl von Klägerinnen und Klägern, wie etwa im Zuge des VW-Abgaskandals – nimmt seit Jahren zu. Es hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das die Funktionsfähigkeit der Justiz ernsthaft gefährdet. Richterinnen und Richter arbeiten teilweise weit über ihrer Belastungsgrenze, nach Rechtsschutz suchende Bürgerinnen und Bürger warten mitunter Jahre auf eine rechtskräftige Entscheidung. Die sich im Bereich von Massenverfahren intensivierende Bindung von Personal hat Auswirkungen auf die gesamte Justiz.

Um die Funktionsfähigkeit der Ziviljustiz zu erhalten, besteht dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung auf, im Zivilprozessrecht bei Verfahren mit gleicher Tatsachengrundlage Erleichterung in der Bewältigung der Klageflut durch die Zivilgerichte zu schaffen.

Video der Woche



Der Bundestag hat am Mittwoch erstmals über den [Bericht zur „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“](#) beraten, den die Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegt hat. Auch ich durfte meine Einschätzung der Leistungen unserer Bundesforschungsministerin vortragen: [KLICK](#)

Zitat der Woche

«Wir wollen den Terroristen ihren Schrott wieder vor die Tür stellen.»

Wieland Giebel, der gemeinsam mit Enno Lenze ein russisches Panzerwrack aus der Ukraine nach Berlin geschafft hat, um es hier vor Putins Botschaft auszustellen.